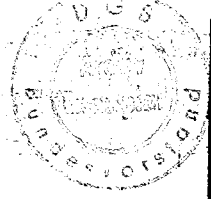


B R I V



Erscheint monatlich 2 mal zum 15. und 1. des Mts.

Organ des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg. Vierteljahresabonnement durch die Post 90 Pfg.

1. Dezember 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II. Fernsprecher: 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 23

Das Spiel um die Macht.

Herr von Papen, Deutschlands soundsovieltter Reichskanzler mußte mit seinem Herrenklub und Baronskabinett gehen, da im Lager der Reaktion die einstimmige Meinung vorlag, daß dieser Mann zu ungunsten der Hilfsmänner der Reaktion etwas unglücklich operiert hatte und daher eine Uneinigkeit unter der Klasse, die auf Kosten des arbeitenden Volkes ihre Kapitalinteressen gewahrt wissen will, entstand. Hitler lehnte ab, mit Papen zu verhandeln, das Zentrum sah Papen gleichfalls für eine nicht mehr zu tragende Belastung an, und so mußte man Papen in die Wüste schicken. Nun ging der Tanz um den Reichskanzlerposten und die neue Regierung mit anderen Personen, aber demselben System los.

Nun gibt es eine ganze Anzahl Leute, die glauben, daß eine Wendung im Schicksal des Volkes eintreten würde, wenn ein Vertreter der Reaktion gestürzt wird, um einem andern Platz zu machen. Betrachtet man die politische Situation von der Perspektive, daß nach wie vor hinter der Reaktion eine faschistische Partei von 12 Millionen Anhängern und starken Kampftruppen der SA. und SS., eine dem Faschismus zugetane Kirche, 100 000 Mann Reichswehr, ein Stahlhelm von mehr denn 100 000 Mann, und eine reaktionär eingestellte bestehende Klasse in Deutschland besteht, dann muß man erkennen, daß selbst, nachdem Herr von Papen abgesetzt ist, die Staatspolitik die bisherigen Pfade junkerlicher und schwerindustrieller Reaktion weiterwandeln wird, daß es sich bei der gegenwärtig vorherrschenden politischen Linie nicht um Anschauungen von Persönlichkeiten handelt, die diese mit den Mitteln der Staatsgewalt durchzusetzen versuchen, sondern um Willensbestimmungen der Schichten des agrarischen, kommerziellen und industriellen Besitzes zur Erhaltung ihres Systems der Ausbeutung der breiten Masse, um für sich Profite zu erlangen. Eine rücksichtslose Personalpolitik, eine entschlossen durchgeführte Aufhebung der politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der Versuch einer angeblich legalen Aufhebung der bisherigen Staatsverfassung, die mit allerhand Mäßen und geschickten Drehen erfüllt werden soll durch eine Staatsverfassung, die der künftigen reaktionären Entwicklung Tor und Tür öffnet, ist zur Erfüllung dieser Willensbestimmung notwendig. Ob Papen oder einige Hitler-Männer oder sonstige Barone oder Krautjunker die Amtsgeschäfte der bestehenden Klasse im Staatsapparat führen, ist daher für das Proletariat nebensächlich.

Die Reaktion braucht einen Mann, der das Kunststück fertig bringt, die Nazis, das Zentrum in den Staatsapparat einzuspinnen, zur Herstellung der nationalen Konzentration, vielleicht sogar bis zur Tolerierung durch die S.P.D., da die Lage der deutschen kapitalistischen Wirtschaft katastrophal ist, das Defizit in den Staatskassen ungeheuer angewachsen ist, so daß der Finanzminister zugehen muß, daß die Defizite über 3 Milliarden hinausgehen, und er einen Etat für das kommende Jahr nicht mehr aufstellen könne. Hitler, der Führer der stärksten Partei, wurde daher von Hindenburg beauftragt, festzustellen, ob eine parlamentarische Mehrheit der Rechtsparteien für eine für ihn zu bildende Regierung vorhanden sei. Hitler will jedoch Diktator, nicht parlamentarischer Führer sein. Er will an Stelle des absolutistischen Papen-Regime ein absolutistisches Hitler-Regime setzen. Das erschien den Herren der Deutschnationalen und Zentrumsparthei denn doch zu gewagt, da hierbei die Profitsinteressen des Kapitals sehr leicht Schiffbruch erleiden können. Hitler bot ein Präsidialkabinett, in dem er die Führung übernehmen wollte, dem Reichspräsidenten an. Dieser lehnte mit der Begründung, daß er einem Führer einer Partei keine präsidialen Vollmachten erteilen kann, da dieses Kabinett zwangsläufig sich zu einer Parteidiktatur gestalten würde, ab. Hiernach versuchte das Zentrum durch Kaas eine parlamentarische Mehrheitsbildung anzustreben, doch auch dieses scheiterte. Nach Meldungen der Telegraphischen Union soll der Reichspräsident erneut von Papen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt haben. Was immer bei der Zusammensetzung herauskommt, eines ist sicher für das Proletariat, die kommende Regierung ist die beauftragte der Schwerindustrie und des Junkertums und muß deren Forderungen durchzuführen versuchen.

Diese Forderungen sind das politische Ziel des Klassenstaates. Erst vor einigen Tagen tagte der reaktionärste

Unternehmerverband, der sogenannte Langnam Verein, der seine politischen Forderungen folgendermaßen stellte. Wahlrechtsraub für die Zwanzigjährigen und Einführung einer Ersten Kammer — in der selbstverständlich die Schwerindustrie unter den „Berufsvertretungen“ den breitesten Platz einnehmen würde — Aenderung des kommunalen Wahlrechts in der Linie eines reinen Klassenwahlrechts bildeten den Kernpunkt des politischen Raubprogramms der Montanherrn. Gewisse Kreise bezeichnen das Zwischenpiel Hitler sowieso nur als einen Versuch, die alte Präsidialregierung neu erstehen zu lassen. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Ausführungen des „Berliner Börsen-Couriers“ . . . „Unter diesen Umständen“, so schreibt das Blatt, „muß es als wahrscheinlich gelten, daß die Kombination mit Hitler nicht verwirklicht werden kann, und daß der Reichspräsident erklären wird, er habe alles versucht, um den Parteien noch die Chance zur Bildung eines Kabinetts zu geben, hinter dem eine parlamentarische Mehrheit steht. Nachdem sie dazu nicht imstande seien, bleibe ihm nichts anderes übrig, als an dem bisherigen Kabinett festzuhalten. Er habe alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten erschöpft und müsse einen Notstand feststellen. Solange das Parlament nicht durch eine Mehrheit mitzuwirken vermöge, müsse er, so sehr er das bedauere, auf

Bei Redaktionsluß wird in der Presse bekannt, daß der

Reichswehrminister v. Schleicher Reichskanzler werden soll. dessen Mitwirkung verzichten. Er habe alles getan, um der Verfassung zur Geltung zu verhelfen.“ Die Arbeiterklasse kann sich daher auf allerlei gefaßt machen, nach den Erfahrungen der Papenherrschaft. Die zwei in der Zwischenzeit erlassenen Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 bestärken, daß der reaktionäre Kurs, vielleicht noch in verschärfter Form fortgesetzt wird. Die rapide steigende Erwerbslosigkeit, die katastrophale Finanzlage der Staaten und Gemeinden zwingen auf der einen Seite die Reaktion, das arbeitende Volk immer mehr auszubeuten und zu entrechten. Sie zwingen auf der anderen Seite die Arbeiterklasse zur Sammlung aller Ausgebeuteten zur restlosen Geschlossenheit, zum gemeinsamen Vorgehen ohne Unterschied der Partei und Gewerkschaftszugehörigkeit. Die Partei des Proletariats wird sich entscheiden müssen, ob sie die Zeichen der Zeit erkennt, ob sie bereit ist, das Sammelbecken aller Unterdrückten zu werden. Dazu ist notwendig, abzulassen in dieser Stunde der Gefahr für das Proletariat von ihrem Diktat der jeweiligen Linie und offen und ehrlich die Zusammenarbeit mit allen Arbeiterorganisationen unter Wahrung der Selbständigkeit derselben, herbeizuführen. Nur so kann der Plan der Reaktion zurückgewiesen, kann der Kampf gegen Hunger und Kälte und weitere Verelendung aufgenommen werden.

Leipart biedert sich der Nationalen Konzentration an!

Die nationalen Belange gehören zum guten Ton, ähnlich wie es 1918 zum guten Ton gehörte, sich Sozialdemokrat zu schimpfen, da man dadurch leichter eine Futterkrippe erhielt; deshalb brauchen wir uns auch nicht wundern, wenn die Führer der SPD. resp. der Freien Gewerkschaften heute bei jeder Gelegenheit ihre nationale Gesinnung beteuern. Daß diese Größen national bis auf die Knochen sind, haben sie 1914 und später immer wieder bewiesen, doch dieses könnte bei der jetzigen Nationalverherrlichung sehr leicht in Vergessenheit geraten sein, daher bekräftigt Leipart dieses noch einmal, wenn er in Nr. 43 der „Gewerkschaft“, Funktionär-Zeitschrift des ADGB., sagt: Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst, keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir Sozialdemokraten haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben. Unsere Arbeit ist Dienst am Volke, sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und Hingabe für das Ganze. Dann weiter: Wir sind Antimilitaristen und bekennen es unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen des Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker. Wir sind keine Kompromisnaturen trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben. Wir führen unsern sozialen Kampf im Interesse der Nation.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen diese Worte genau abwägen mit den Taten dieser Führer. Sie brauchen sich daher auch gar nicht wundern, daß die gesamte SPD. samt den freien Gewerkschaften eine arbeiterschädigende Politik betreibt.

Was soll man mit solchem Hezensalat anfangen? Einmal Antimilitaristen, dann wieder vom „soldatischen Geist“ befeelt. Und keine Kompromisnaturen! Heiliger Wimbam! Wer hat Brüning toleriert, Hindenburg gewählt, dem Zentrum Konzessionen über Konzessionen gemacht, die Konkordate abgeschlossen, der Schulreaktion Tor und Tür geöffnet, mit den Unternehmern paktiert, die „nationalen Belange“ behütet? — Herr Leipart, Ihre SPD. und Gewerkschaften!!

Wir sagen den Arbeitern ganz offen, solange sie diesen Führern nachlaufen, werden sie von diesen auch mißbraucht und zu Kanonensprenger erzogen, werden sie sich aus den Krallen der Reaktion nicht befreien können.

Dieser „soldatische Geist“ hat ja am 20. Juli seine Kostprobe bekommen, als der Militärfiesel den „altbewährten Arbeiterführern“ in den Hintern trat. Auf diesem Wege, geduldig das Lamm zu spielen, in Frieden und auch wieder im Krieg, dürfte die Arbeiterchaft nicht vorwärts kommen.

Weshalb kann die Lösung nur heißen: Schluß mit dem Reformismus, vorwärts zu den revolutionären Industrieverbänden!

Ein offenes Wort der Erntemagnaten.

Im engeren Kreise der „Wirtschaftsführer“ zirkulieren sogenannte „Deutsche Führerbriefe“, in denen die Herren der Hochfinanz manch offenes Wort über die Arbeiterbewegung fallen lassen. So unterhalten sie sich auch über den Wert der Einfügung eines Teiles der Arbeiterchaft in den kapitalistischen Staat für die völlige Demoralisierung und Niederwerfung der Arbeiterbewegung. Die folgenden Auslassungen mögen den Arbeitern die Augen öffnen, die immer noch der Leitung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer folgen:

„Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich . . . die ihm den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volke zu verankern. . .

Vermöge ihres sozialen Charakters als originäre Arbeiterpartei brachte die Sozialdemokratie in das System der damaligen Konsolidierung über all ihre rein politische Stöckkraft hinaus das wertvollere und dauerhaftere Gut der organisierten Arbeiterchaft ein und verkefete diese unter Paraphierung ihrer revolutionären Energie fest mit dem bürgerlichen Staat.

„Da zudem aber die sozialdemokratische Ummünzung der Revolution in Sozialpolitik zusammenfiel mit der Verlegung des Kampfes aus den Betrieben und von der Straße in das Parlament und die Ministerien und Kanzleien, d. h. mit der Verwandlung des Kampfes „von unten“ in die Sicherung „von oben“ waren fortan Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, mithin aber auch der gesamte von ihnen geführte Teil der Arbeiterchaft mit Haut und Haaren an den bürgerlichen Staat und ihre Machtbeteiligung an ihm gekettet und zwar solange, als erstens auch das geringste von jenen Ertrungenschaften auf diesem Wege zu verteidigen übrig bleibt und als zweitens die Arbeiterchaft ihrer Führung folgt.

„Entweder man gliedert den in der freien Wirtschaft beschäftigten Teil der Arbeiterchaft d. h. die Gewerkschaften durch eine neuartige politische Verklammerung in eine berufsständische Verfassung ein, oder man versucht, sich umgekehrt auf den arbeitslosen Teil zu stützen, indem man für ihn unter dem Regiment einer Arbeitsdienstpflicht einen künstlichen Sektor der Wirtschaft organisiert. . .

Zwischen den beiden Möglichkeiten einer Rekonolidierung der bürgerlichen Herrschaft und der kommunistischen Revolution gibt es keine dritte.“

Der Spiegel der kapitalistischen Wirtschaft.

Augenblicklich veröffentlichen die großen Unternehmen des deutschen Kapitalismus ihre Geschäftsberichte. Was diese über den Stand der Unternehmen sagen, läßt erkennen, wie tiefgehend die Krise ist und wie nachhaltend sie andauert. Wohl zu keiner Zeit hat sich die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft so offenkundig wie heute gezeigt. Nie hat das soziale Elend einen solchen Umfang erreicht wie jetzt, und zu keiner Zeit war die Existenzgrundlage breiter Volksschichten so unsicher und so unsichtlos, als das heute der Fall ist.

Um seine Profite und damit sein System der Ausbeutung aufrecht erhalten zu können, ist der Kapitalismus gezwungen, seine Krisenlage selbst zu verschärfen, indem er den Konsum durch ständigen Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Unterstützungen drohelt. Damit aber entzieht er sich den Boden für die Milderung und Milderung der Krise und der Krisenerscheinungen. Wie die Konsumdrohelfelung sich im allgemeinen auswirkt, zeigen die Berichte der Schwerindustrie, die jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vereinigte Stahlwerke.

Aus dem Bericht der Vereinigten Stahlwerke Düsseldorf AG. geht hervor, daß die Produktion auch im letzten Jahre weiter gesunken ist. Aber auch für das letzte Quartal des Geschäftsberichts ist eine weitere Verschlechterung gegenüber dem vorausgegangenen Quartal zu verzeichnen. Das letzte Geschäftsquartal des Stahlvereins umfaßt die Monate Juli bis September 1932. Danach betrug die Kohlenförderung 3,38 gegen 3,43 Millionen Tonnen und die Koksproduktion 0,89 gegen 0,95 Millionen Tonnen. Erheblich stärker dagegen war noch der Produktionsrückgang in den Eisenbetrieben. Die Leistungen der Hochofen sanken von 0,51 auf 0,45 Millionen Tonnen und die Rohstahlerzeugung von 0,60 auf 0,44 Millionen Tonnen. Besonders auffallend aber ist die Gegenüberstellung über die Produktionsziffern von 1929 bis 1932; danach betrug die Gesamtproduktion:

	1929/30	1930/31	1931/32
in Millionen Tonnen			
Kohle	25,7	18,36	14,28
Koks	9,33	5,67	3,86
Roheisen	5,29	3,28	2,09

Schon das Geschäftsjahr 1929/30 ist aber von der Krise stark beeinflusst gewesen, trotzdem ist die Kohlenförderung um 45 Prozent, die Koksproduktion um beinahe 60 Prozent und die Eisen- und Rohstahlerzeugung sogar um über 60 Prozent gesunken. Noch katastrophaler ist der Rückgang des Umsatzes. Seit dem letzten Konjunkturjahr ist der Umsatz um 923 Millionen, das sind nicht weniger als 64 Prozent, gesunken. Geschlossen betrachtet, ergibt sich in entsprechender Uebersicht folgendes Bild:

	in Millionen RM.
1928/29	1 445,3
1929/30	1 261,5
1930/31	849,1
1931/32	522,5

Allein im letzten Geschäftsjahr ist also der Umsatz um fast 39 Prozent geschwunden.

Die Hauptlast der Krise aber hat die Belegschaft zu tragen. Im September 1929 waren in den Betrieben noch 176 716 Mann beschäftigt, im September 1930 noch 137 708, im Herbst vergangenen Jahres nur noch 97 090, und zur Zeit ist die Gesamtbelegschaft des Stahlvereins auf 81 768 Arbeiter gesunken. In der gleichen Zeit ging die Zahl der Angestellten von 15 331 auf 11 343 Personen zurück.

Klöckner-Konzern.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei einem anderen Montanunternehmen, beim Klöckner-Konzern. Die Kohlen- und Eisenindustrie hat sich bei Klöckner in einer scharfen Schrumpfung der Kohlenförderung auf 2,3 gegen 3,1 Millionen Tonnen und bei der Koksproduktion in einem Rückgang von 0,97 auf 0,62 Millionen Tonnen ausgewirkt. Die Roheisenerzeugung ging um 53,4 Prozent auf 173 948 Tonnen, die Stahlproduktion um 29 Prozent auf 370 269 Tonnen und die Herstellung von Fertigfabrikaten um 25 Prozent auf 402 354 Tonnen zurück.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kohlenförderung der Riesenunternehmungen an der Ruhr gegenüber der Hochkonjunktur 1927/28 auf die Hälfte, die Stahlproduktion gegenüber 1927/28 auf 41 Prozent und die Hochofenproduktion an Roheisen sogar auf 22 Prozent der Mengen von 1927 gesunken ist.

Welche Riesensummen für Rationalisierungsmaßnahmen ausgegeben wurden, zeigt der Klöckner-Konzern sehr drastisch. In den letzten fünf Jahren sind nicht weniger als 60 Millionen Reichsmark zu Ausbau- und Rationalisierungszwecken investiert worden.

Auch beim Klöckner-Konzern ist die Krise völlig zu Lasten der Belegschaft gegangen. Seit dem Jahre 1927 ist die Hälfte der Belegschaft aus den Betrieben entfernt worden. Im einzelnen ergibt sich über den Belegschaftsabbau folgendes Bild:

In der Hochkonjunktur 1927 waren in den Montanbetrieben bei Klöckner über 29 400 Mann tätig. Im ersten Krisenjahr 1930 waren im Sommer noch rund 23 670 Mann beschäftigt, im Sommer 1931 nur noch 19 100 Mann und Ende Juni dieses Jahres war die Belegschaft in den Bergwerken, den Hüften- und Walzwerksbetrieben bis auf 14 662 Mann abgebaut.

Die Produktionsziffern sind dauernd gesunken.

Aber auch der Standard der Gesamtproduktion sinkt ständig. So stellt das Konjunkturforschungsinstitut in seinem Bericht vom Ende September fest, daß die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit Ende August 1932 nur zu 51,6 Prozent beschäftigt war, wenn man die Produktionsziffer von 1928 = 100 setzt. Dabei ist die Feststellung des Instituts wesentlich, daß die Produktion seit Januar 1932 immer weiter gesunken ist. Im Januar betrug sie bei den entsprechenden Vergleichszahlen 55,2, im Mai, dem Höhepunkt der diesjährigen Produktionsziffern 58,0, im Juli 52,3 um dann Ende August bei 51,6 Prozent zu landen.

Wie stark die kapitalistische Weltkrise durch die blödsinnige Zerstörung der Massenkaufkraft in Deutschland verschärft wird, zeigt ein Blick auf die Produktionsziffern für Verbrauchsgüter. Hier beträgt der Rückgang seit dem Januar d. J. beinahe 10 Prozent. Der Stand der Verbrauchsgüterproduktion ist von 76,1 auf 70,0 Prozent, wiederum 1928 = 100, gesunken, was nicht zuletzt auf den rigorosen Raub der Unterstützungen und auf die sich im Laufe des ersten Quartals 1932 auswirkenden Folgen der 4. Brüningschen Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zurückzuführen ist, die bekanntlich den Arbeitslohn automatisch um 10 bis 15 Prozent senkte. Besonders augenfällig aber wird der Verfall der Verbrauchsgüterproduktion mit dem Amtsantritt der Barone, denn die Maijahren der Produktion für die Verbrauchsgüter weisen noch einen Stand von 74,7 Prozent auf, um dann rapide bis Ende August auf 70,0 Prozent zu sinken, was in erster Linie seine Erklärung in dem Raub der Unterstützungen und in der generellen Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für alle Zweige der Arbeitslosenunterstützung findet. Diese Auffassung wird durch die Tatsache erhärtet, daß die Produktionsziffern der Industrie nur von 42,8 auf 42,0 Prozent zurückgegangen ist. Klar und deutlich tritt bei diesen Betrachtungen über die Wirtschaftslage die Notwendigkeit der Befestigung dieser Wirtschaft zutage.

Die fast vollständige Erdrosselung der Kaufkraft wird früher oder später zu einer Katastrophe führen müssen, wenn das Proletariat nicht vielmehr durch energische Vorstöße den Kapitalismus da angreift, wo er einzig und allein verwundbar ist: am Geldschrank, wenn das Proletariat nicht durch direkte Klassenaktionen Lohnerhöhungen erreicht und damit die Grundfesten des Kapitalismus erschüttert. Voraussetzungen hierfür sind starke mächtige Klassenkampf-gewerkschaften. Daher muß die Lösung aller klassenbewußten Arbeiter Ausbau der revolutionären Industrie-Verbände sein.

Untergang am Ueberfluß.

Das Versagen des hochkapitalistischen Wirtschaftssystems zeigt sich nirgends katastrophaler als in Amerika, dem Eldorado des Privatkapitals. „Amerikanisch“, wie der Ausbau dieses Wolkenkrägers war, ist auch dort drüben der Zusammenbruch. Wir registrieren hier einige der krassesten Beispiele:

In Oakland (Kalifornien) wurden 100 000 Gallonen Milch (etwa 450 000 Liter) ins Wasser gegossen. Im Staate New York mußten die Behörden gegen die Verunreinigung der Flüsse mit der von den Viehhaltern weggegoßenen Milch einschreiten, da die Fische daran zugrunde gingen. In Katikhan Bay (Alaska), zu den Vereinigten Staaten gehörig, wurden 400 000 Büchsen mit Lachs vernichtet. — Auf den staatlichen Weizenfeldern Oklahomas wurden im Herbst 1931 allein ca. 125 000 Bushel Weizen, etwa 17 000 Doppelzentner, verbrannt. Die Bundesfarmbehörde der USA. gab den Baumwollpflanzern den Rat, jede dritte Reihe der Baumwollpflanzen nicht zu pflücken, um auf diese Weise durch einen Ausfall von ca. 4 Millionen Ballen Baumwolle einen weiteren Preissturz aufzuhalten. Im Okanagan-Valley, dem reichsten Obstbaudistrikt Kanadas, wurden die Äpfel teilweise einfach wie Karoffeln in die Waggons geschüttet und so dem Verfaulen ausgeliefert, weil sich die übliche Verpackung nicht lohnte. Von der Regierung des Staates Texas wurden für die Delgewinnung Tagesquoten von 90 000 Barrels festgesetzt, um eine Ueberproduktion zu vermeiden. Als die profithungrigen Delgesellschaften diese Quoten jenseit übergriffen, mußten die Bohrlöcher vorübergehend mit Waffengewalt geschlossen werden.

Diesem riesigen Ueberfluß Amerikas an Bedarfsgütern steht ein ungeheuerliches Elend der breiten Massen gegenüber. Bei einer Bevölkerung von rund 120 Millionen in den Vereinigten Staaten beträgt die Zahl der Arbeitslosen heute schätzungsweise 12 bis 13 Millionen, die der Kurzarbeiter etwa 11 Millionen. Das Wohlfahrtskomitee von New York gibt an, daß hier 250 000 Familien buchstäblich hungern. In Groß-Chicago stehen bei einem Wohlfahrtsbedarf von 130 Millionen Dollar für 1932 bisher erst 15 Millionen zur Verfügung. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse in den schwerindustriellen Gegenden von Pennsylvania. Hier gibt es in Fayette-County, Youngstown, wo sich die Riesenbetriebe der Bethlehem-Stahlwerke befinden, Familien mit 1,50 Dollar und weniger wöchentlichem Existenzmittel, wobei die Kaufkraft des Dollars etwa zwei Mark beträgt. —

Das ist die Perspektive des Hochkapitalismus: die menschliche Gesellschaft wird geradezu im Ueberfluß ersticken, — wenn nicht die Proletariat aller Länder die Produktion erobern und eine kommunistische Wirtschaft aufbauen.

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Die Führer der Gewerkschaften zeigen ihr wahres Gesicht.

Der Faschismus kann sich die Arbeit ersparen, eigene Gewerkschaften aufzubauen, er braucht auch keine nationalsozialistische Betriebsorganisation nicht, denn die Führer der freien Gewerkschaften geben sich die größte Mühe, ihre Gewerkschaften zu faschisieren. Dieser Prozeß wird durch die Praxis der Gewerkschaften immer mehr enthüllt.

Die Gewerkschaften vertreten heute schon ganz offen die Interessen der Bourgeoisie gegen die Interessen des Proletariats. Das beweisen die großen Streiks der letzten Zeit, besonders der Berliner und der Hamburger Verkehrsstreik. Die Gewerkschaften haben in diesen Streiks alles Erdenkliche getan, um den Kampf der Arbeiter zu verhindern bzw. zu unterdrücken.

Es sei hier noch an die Tatsache erinnert, daß unmittelbar nach der Streikabstimmung die Gewerkschaften erklärten, es dürfe nicht gestreikt werden, weil die gesetzlich vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit nicht erreicht sei; dann, als der Streik dennoch ausbricht, die Behauptung, es sei ein „wilder Streik“, den die Gewerkschaft nicht unterstützen dürfe; und nach Verbindlicherklärung des Schiedspruches, der den Lohnraub anordnet, schließlich die direkte Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil eine Fortführung des Streiks ungesetzlich sei; Organisierung des Streikbruchs Hand in Hand mit den übrigen Organen der Bourgeoisie, mit Polizei und Gerichten! Der Hamburger Verkehrsstreik zeigte das gleiche Verhalten der Gewerkschaften, auch hier organisierten sie den Streikbruch, als der Streik noch in ollem Gange war! (Besprechung mit den städtischen Stellen zwecks Inbetriebsetzung der Waldhöfener und Langenhorner Bahn).

Diese Tatsachen sprechen noch deutlicher als die Rede Papens vom 24. Oktober (vor den märk. Obermeistern des Handwerks), in der er sich für die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Tolerierung seines Wirtschaftsprogramms bedankte; die Praxis der Gewerkschaften zeigt, daß sie Herrn v. Papens Lobes würdig sind!

Die Frage, warum die Gewerkschaften — ursprünglich von den Arbeitern geschaffen zur Vertretung ihrer Interessen — heute eine derart arbeitserfindliche Politik treiben, kann nur von den ökonomischen Grundlagen ausgehend beantwortet werden: In reformistischer Weise können sich die Gewerkschaften nicht mehr befähigen, weil in der heutigen Krise die Kapitalisten auch nicht die geringsten Zugeständnisse mehr machen, im Gegenteil, nur durch schärfste Ausbeutung und Niedertretung aller Interessen des Proletariats den Kampf um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems führen können. Der Reformismus ist bankrott, weil das kapitalistische System selbst bankrott ist! Eine Brücke zwischen den Interessen der Kapitalisten und den Interessen des Proletariats gibt es in der Krise nicht mehr: Die Kapitalisten kämpfen um ihren Profit, den sie nur durch brutalste Ausbeutung, die bis zur Vernichtung großer Teile des Proletariats geht, retten können, und die Arbeiter kämpfen um ihre Existenz, die sie nur im Kampf gegen das kapitalistische System verteidigen können. Wenn Papen in seiner letzten Rundfunkrede erklärte, jeder Streik sei Sabotage an seinem Ankerbelungsprogramm, so hat er durchaus recht: Da die Rettungsprogramme der Bourgeoisie nur gegen sämtliche Interessen und Rechte des Proletariats durchgeführt werden können, ist jede Abwehr des Proletariats eine Gefährdung der Rettungsmaßnahmen. Jeder Lohnkampf, konsequent durchgeführt, ist heute revolutionär und von unübersehbarer Tragweite. Die Terrormaßnahmen der Bourgeoisie gegenüber jeder Abwehraktion des Proletariats legen ein beredtes Zeugnis dafür ab.

Für die freien Gewerkschaften kommt der revolutionäre Ausweg überhaupt nicht in Frage. Ihr ganzer Apparat steht und fällt mit der Verankerung im Staat; sie haben gesetzliche Rechte und Pflichten (Tarifkontrahentenpflicht, Friedenspflicht usw.) und den gutbezahlten Gewerkschaftsbürokraten, die den Apparat beherrschen, liegt nichts ferner als ein Konflikt mit der Staatsgewalt. Die Arbeiter, deren Organ die Gewerkschaften sein sollten — und ursprünglich waren — sind gegenüber dem Apparat machtlos. Und so stellen sich denn die Gewerkschaften voll und ganz auf die Seite der Bourgeoisie, helfen, das „Ankerbelungsprogramm“ durchzuführen oder, um mit Larnow zu sprechen, geben der Regierung „eine Chance, die Brauchbarkeit ihres Programmes unter Beweis zu stellen“.

Die Gewerkschaften werden jede Aufgabe, die der Staat ihnen zuweist, pflichtgemäß erfüllen. Die Stellung derselben im Hamburger und Berliner Verkehrsstreik hat es bewiesen. Ihre Stellung auf Seite der Kapitalisten und Polizei wird ihnen nicht so leicht vergessen werden. Die Arbeiterklasse braucht jedoch zum revolutionären Klassenkampf, der sich in jedem Lohnkampf verkörpert, deshalb auch Kampf-gewerkschaften. Die freien und christlichen Gewerkschaften wollen keinen Klassenkampf, sie biedernd sich dem Kapital an und müssen die Lohnkämpfe zu verhindern oder zum mindesten abzuwehren mit allen Mitteln versuchen. Das Unternehmertum sieht sich gezwungen, rücksichtslos seine Profitinteressen zu wahren und die bei ihm beschäftigten Lohnsklaven immer mehr auszubeuten, um seiner selbst willen. Daher gibt es nur eins, dem Gewaltregime des Kapitals den rücksichtslosen Kampf der Arbeiterklasse entgegenzusetzen zur Erhaltung des eigenen Lebens. Jeder weitere Lohnabbau muß im einheitlichen Kampfe aller Arbeiter zurückgeschlagen werden, das ist Klassenkampf.

Dazu benötigt die Arbeiterklasse Klassenkampf-gewerkschaften, wie sie im Bund revolutionärer Industrie-Verbände zusammengeschlossen sind.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Keine Belebung des Arbeitsmarktes trotz Papen-Notverordnung, das war das Eingeständnis Imhofs vom reformistischen Verband der Buchbinder und Papierarbeiter auf der am 3. 11. stattgefundenen Generalversammlung dieser Organisation. Den sogenannten Rückgang der eingeschriebenen Arbeitslosen auf dem Arbeitsnachweis, deren Zahlen ja zur Statistik der Erwerbslosen in Deutschland maßgebend ist, mußte dieser Reformist zugeben, sei darauf zurückzuführen, daß viele Arbeitslose wegen der Ausichtslosigkeit, niemals Arbeit zu erhalten oder wegen des unerhörten Unterstüßungsraubes, der ihnen nicht mehr das Fahrgeld zum Arbeitsnachweis auszugeben gestattet, sich gar nicht mehr zur Stempelstelle (Zählstempel) melden. Daß die reformistische Tolerierungspolitik die Ursache einer solchen Ausichtslosigkeit und eines solchen Elends erst gewesen ist, verschwieg derselbe natürlich den Mitgliedern, und die Mitglieder dieser Organisation sollten endlich erkennen, daß hier die Saat der reformistischen Politik, des Zurückweichens gegenüber den Angriffen der Reaktion ist, die in der rapiden Verelendung der Arbeiterklasse ihre Früchte trägt. Wo bleibt hier der Ausspruch „Legiens“? Keine Regierung kann 24 Stunden ohne die freien Gewerkschaften regieren, wenn es nicht etwa gar der Wille dieser Führer der freien Gewerkschaften war, die Regierungsmaßnahmen, welche zu der heutigen Verelendung führen, gutzuheißen.

Das müssen die freigewerkschaftlichen Buchbinder und Papierarbeiter erkennen und daraus die Schlußfolgerung ziehen, sich von diesen Gewerkschaften freizumachen und einzutreten in die Klassenkampforganisation aller im graphischen Gewerbe tätigen, in den Industrieverband für das graphische Gewerbe.

Ergebnis der Lohnverhandlungen für das Hilfspersonal.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung des Lohns für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal nahmen im 8. November in Berlin ihren Anfang. Da eine Verständigung zwischen den Tarifparteien nicht zu erzielen war, wurde das tarifliche Zentralschlichtungsgremium eingezogen, das am 11. November einen Schiedspruch fällte, dem sich beide Parteien unterworfen haben. Danach bleiben die im Schiedspruch vom 16. September 1932 festgesetzten Löhne des Lohnvertrages mit folgenden Änderungen bestehen:

	Männliche Hilfsarbeiter		Sonstige Hilfsarbeiterinnen
	M.	M.	
Köln	39,20	26,80	22,40
Frankfurt a. M.	39,—	26,80	22,40
Leipzig	39,20	26,80	22,40
Stuttgart	37,50	26,05	21,65
Berlin	41,—	28,39	23,25
Hamburg	40,—	27,30	22,55
Königsberg	33,10	22,75	18,55
Die Städte:			
Frankfurt a. M.	39,20	26,80	22,40
München	37,50	26,05	21,65
Nürnberg	35,07	23,84	19,51

Der neue Lohnvertrag trat am 12. November 1932 in Kraft und ist erstmalig mit sechswöchentlicher Frist zum 30. April 1933 und weiterhin laufend gleichfalls mit sechswöchentlicher Frist an jedem Freitag kündbar.

Bekanntmachung!

Das Büro des I.W.f.d.G. ist geöffnet nachmittags von 4—7 Uhr Montag, Mittwoch und Freitag.
Der Vorstand.

Gruppe Land- und Forstarbeiter

Lohnabbau

bei den Forstarbeitern geplant.

Der preussischen Staatsforstverwaltung erscheinen die Löhne der Forstarbeiter noch zu hoch, daher hat sie den Lohnsatz zum 31. 12. 32 gekündigt, mit dem Ziel, dieselben um 12 Pfg. pro Stunde abzubauen.

Wie sehen die Elendslöhne der Forstarbeiter nun in Wirklichkeit aus! Laut Tarif mit dem Deutschen und christlichen Landarbeiter-Verband beträgt der Lohn für Forstarbeiter zurzeit:

in Zone 1 in Preußen	55 Pfg., fallend bis 52 Pfg.	in Zone 4
" " " " Baden	59 " " " " " " " "	" " " " "
" " " " Hessen	58 " " " " " " " "	" " " " "
" " " " Anhalt	57 " " " " " " " "	" " " " "
" " " " Lippe	56 " " " " " " " "	" " " " "

Also auch in punkto Entlohnung ist Preußen in der Welt voran, dafür wurde es ja auch vornehmlich von Sozialdemokraten verwaltet.

Die Großagrarien, die ja heute die bestimmenden Herren in Deutschland sind, fordern sogar einen Anstieg der Löhne der Forstarbeiter an die der Landarbeiter, deren Höchstlohn im günstigsten Falle laut Tarifvertrag für den vollwertigen in fremder Wohnung inklusive der festgelegten Naturalien 36 Pfg. beträgt und die obendrein noch als Leibeigene der Junker behandelt werden, Obendrein haben

die Forstarbeiter noch genau wie alle Industriearbeiter unter einer katastrophalen Arbeitslosigkeit zu leiden und werden heute fast nur noch bei Hausarbeiten beschäftigt, da alle anderen Arbeiten schon durch den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, den die SPD. ja mit aller Wärme unterstützt, resp. durch Notstandsarbeiten ausgeführt werden. Die Forstarbeiter müssen endlich erkennen, daß sie zum Kampfe gegen ihre Verelendung sich in Klassenkampf-Organisationen zusammenschließen müssen, Reformisten und Christen sind Handlanger des Kapitals, der Junker und Großbauern, in diesen Gewerkschaften sich zu organisieren, heißt sich seinem Klassenfeinde freiwillig auszuliefern, sich in den Anhängeln der Parteien zu organisieren, wie NSD. oder Einheitsverband, bedeutet, zu allen möglichen politischen Experimenten mißbraucht zu werden.

Auch die Forstarbeiter, die um die Verbesserung ihrer elenden Lage ernstlich kämpfen wollen, gehören in die selbständigen revolutionären Industrieverbände, in die Gruppe Land- und Forstarbeiter des Bundes revolutionärer Industrie-Verbände.

Sitanei der Gutsarbeiter.

Von H. K.

Für wen haben wir Dedland getodet und gepflügt und geeggt?
Für wen haben wir Roggen gesät und Kartoffeln geseckt?
Für uns oder für die Herrn?

Für wen haben wir Röhre gemolken und den Flachs gebrochen?
Für wen haben wir Holz geschlagen und den Torf gestochen?
Für uns oder für die Herrn?

Für wen haben wir Schweine gemästet und Gemüse gebaut?
Für wen haben wir alles geerntet und auf Speichern verstauf?
Für uns oder für die Herrn?

Für wen haben wir Hunger gelitten und Winters gefroren?
Für wen haben wir Kinder erzogen und im Krieg sie verloren?
Für uns oder für die Herrn?

Für wen schaffen und darben wir, Brüder, und machen uns Sorgen?
Für wen leben und sterben wir, Brüder, und warten auf morgen?
Für uns oder für die Herrn?

Für die Herrn Barone und andres Pack da plagen wir uns bis aufs Blut . . .
Wie lange denn stehen wir und warten noch und haben keinen Mut für uns und für unsere Welt?

Schiffbau-Industrie-Verband

Berlin-Lichtenberg, Kantstraße 11.

Seeleute erkennt eure elende Lage!

Der seit Monaten von den Reedern gekündigte Heuertarif in der deutschen Seeschifffahrt ist nach Ablauf der Kündigungsfrist, bis zum 30. November d. J. verlängert worden. In Anbetracht der vorhandenen Kampfbereitschaft der Seeleute gegen den beabsichtigten Lohnraub und der gegenwärtig günstigen Lage in der Passagierschifffahrt, sah das Reederkapital sich gezwungen, seine Forderungen einseitig zurückzustellen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt durchzusetzen.

Zweifellos hat dieser — auf dem „bewährten“ Verhandlungswege getätigte — Aufschub die Illusionen über die Rolle der Gewerkschaften eher genährt als zerstört. Doch die nächsten Ereignisse auf diesem Gebiet dürften selbst dem rückständigsten Lohnsklaven die Erkenntnis einhämmern, daß man einen erfolgreichen Kampf gegen die Kapitalshyänen nicht mehr mit Verhandlungskünsten führen kann.

Ein besonders lehrreiches Kapitel bietet die — durch einen Streik „erreichte“ Tarifverlängerung in der holländischen Seeschifffahrt. Dieser Kampf war für das See- proletariat von vornherein aussichtslos, weil es an der Führung des Streiks völlig unbeteiligt war. Aus „faktischen Erwägungen“ der Instanzen wurden denn auch die beiden größten Reedereien, die „Mantshaagij Nederland“ und der „Rotterdamse Lloyd“, nicht mitbestreift. Nicht allein deswegen, weil der NW. (Niederländischer Fachverband) Inhaber einiger Aktienpakete der genannten

Reedereien ist, sondern vielmehr, weil er als Gewerkschaft sich nur noch durch seine — von der Entwicklung zugewiesene — Sklaventreiberrolle gegen das Proletariat behaupten kann. Davon zeugt auch die Tarifverlängerung, die die tariftreuen Gewerkschaftsanhänger in 3 Gruppen zersplittert hat. Die Reeder aber sind dadurch gegen ernsthafte Störungen in der holländischen Seeschifffahrt gesichert. Sie werden diese Sicherung benutzen, um eine Gruppe der Seeleute nach der anderen zu verkslaven.

Die englische Seemannsgewerkschaft „National Union of Seamen“ ist auf Beschluß der Vorstände dieser Organisation der „Internationalen Transportarbeiter-Förderung“ (Amsterdam) beigetreten.

Die Besitzer der NS. sind bange um ihre Existenz. Die gegenwärtigen Rebellionen der englischen Massen haben es ihr angetan. Für das See- proletariat hat dieser Anschluß wenig Bedeutung, weil der Kampf, den die Seeleute aller Länder zu führen haben, nur auf der Grundlage proletarischer Klassenolidarität erfolgen kann und sicherlich nicht vor der Papiergirlande dieser „Internationale“ Halt machen wird.

Derselbe kann nur zum Erfolge führen, wenn die Seeleute erkennen lernen, daß zum Kampf um eine menschenwürdige Existenz, zum Kampf gegen das ausbeuterische Reederkapital sie sich eng zusammenschließen müssen in Klassenkampf-Organisationen, sich einreihen müssen in die selbständigen revolutionären Industrie-Verbände.

See-Berufsgenossenschaft.

Dem Verwaltungsbericht der See-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1931 entnehmen wir einige wichtige Ausführungen, die uns zeigen, daß der Beruf des Seemannes mit sehr starken Unfallgefahren verbunden ist. Versichert nach diesem Bericht waren 1381 Betriebe mit 3138 Schiffen.

Davon	1205 Dampfer
	298 Motorschiffe
	687 Segelschiffe mit Hilfsmotoren
	148 Segelschiffe mit hölzernen Motoren
	112 Segelschiffe mit eisernen Motoren
	72 Schleppdampfer
	125 Leichter
	367 Fischdampfer
	124 Fischlogger

Diese repräsentierten 4274 646 Br. Reg. Tonnen.

Auf diesen Schiffen waren 43 265 Personen versichert.

Nach dem Bericht ist gegenüber 1930 infolge Stilllegung von 60 Schiffen die Zahl der Beschäftigten um mehr denn 3000 gesunken. 12,4%. Unfälle waren 3590 mit 109 Todesfällen. Dazu kommen noch 477 Fälle an Berufskrankheiten mit 6 Todesfällen. Insgesamt forderte innerhalb eines Jahres die Schifffahrt 4067 Verunglückte mit 115 Todesfällen. Entschädigt wurden 365 Unfälle mit 83 Todesfällen und 15 Berufskrankheiten mit 8 Todesfällen.

„Die Ursache in den zur erstmaligen Entschädigung gekommenen 380 Fällen lag überwiegend in der gewöhnlichen Betriebsgefahr sowie in der erhöhten besonderen Gefahr des Seeschiffahrtsbetriebes; 45 Fälle entfallen auf höhere Gewalt. In 8 Fällen war Leichtsinn, Trunkenheit, in 3 Fällen Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen, in 2 Fällen Nichtbenutzung vorhandener Schutzvorrichtungen die Ursache.“ Von den „entschädigten“ Todesfällen kamen auf Kapitäne 6, Steuerleute 13, Maschinisten 6, sonstige Angehörige 6, Deckpersonal 33, Maschinenpersonal 16, Küchenpersonal 5, Aufwartepersonal 5, „sonstige“ 1.

Von den technischen Aufsichtsbeamten wurde sehr häufig das Fehlen von Ketten über den Bunkerlöchern oder von Schutzblechen über den Zahnrädern der Winden sowie mangelhafte Instandhaltung von Schwimmwesten festgestellt. Auch die Aufbewahrung von Benzin entsprach in mehreren Fällen nicht der Vorschrift. Ueber die Botte der Rettungsgesellschaft aus Seenos wird berichtet: vor allem war in vielen Fällen das Fehlen der vorgeschriebenen Rettungsgeräte, eine Schwimmweste von 8 kg Tragfähigkeit für jede Person der Besatzung und ein Rettungsring von 14 kg Tragfähigkeit mit Leine sowie bei mit Motor ausgerüsteten Booten das Fehlen jeglicher Feuerlöschmittel zu beanstanden. Die See-Genossenschaft bemerkt hierzu, Mannschaften und Schiffsleitungen müssen im eigenen Interesse darauf bedacht sein, daß diese Mißstände verschwinden. Sie weiß wohl nicht, daß, wenn der Kapitän oder sonst jemand von der Mannschaft es wagen würde, solche Mißstände bei der Reederei zu kritisieren und auf Abhilfe zu dringen, er sehr bald das Straßenpflaster statt die Planken eines Schiffes treten kann. Fest steht weiter gemäß dem Bericht, daß von je 1000 Seeleuten der Kauffahrtschifffahrt verunglückten 92,5, tödlich verunglückten von je 1000 Personen 2,35. Auf Fischdampfern und Heringsloggern waren 4812 Personen beschäftigt, von denen 482 verunglückten, darunter waren 24 Todesfälle.

Somit verunglückten in der Hochseefischerei von je 1000 Personen 100,17, tödlich verunglückten von je 1000 Beschäftigten 4,99. Aus diesen Zahlen und Berichten der Aufsichtsbeamten erzieht man, daß gerade in der Seeschifffahrt mit Menschenleben noch Schindluder getrieben wird. Den Reedern geht es nur um Profit. Ihnen ist das Leben der Mannschaft, die sowieso schon täglich, skündlich dem Tode ins Auge sehen muß, durch endlose Arbeitszeit und menschenunwürdige Löhne den Strapazen oftmals nicht genügend mehr gewachsen ist, gleichgültig. Nur Profit erzielen, alles andere ist nebensächlich.

Menschenleben ist ja billig.

Unsichtbare Arbeitslose.

Das Reichsarbeitsblatt stellt eine sonderbare Theorie zu den nicht wegzuleugnenden 2,4 Millionen in den Statistiken nicht erfassten Erwerbslosen auf. Auch nach diesem Bericht wären es die selbständigen kleinen Handwerker und Geschäftsleute, die mit Sehnsucht davon träumen, Arbeitnehmer zu werden, und sich daher beeilen, ihre Läden zu schließen, ihre Geschäfte zu verkaufen, ihren Betrieb zu schließen, um in den Fabriken zu arbeiten oder in die Arbeitsämter stampeln zu gehen. Damit stellt es die Tatsachen direkt auf den Kopf, die Not der Zeit ist es vielmehr, die die Abwanderung der Selbständigen nach der Schicht der Arbeitnehmer bedingt. Wohl greift ein Teil dieser zu gelegentlicher Schwarzarbeit auf eigene Rechnung, Hausierhandel, Verkauf von Zigaretten und Streichhölzern auf den Straßen u. a. m. Sie sind und bleiben aber dadurch Arbeitslose, denn eine Existenz kann man dieses Ueberwasserhalten doch nicht nennen.

Die Menschen, die sich auf diese Weise in der schweren Zeit helfen, um nicht betteln zu gehen, sind arbeitslos. Ihre kümmerliche Existenz ist keine wirtschaftliche Selbständigkeit, sie bilden

die untere Schicht des Arbeitslosenheeres, seine unsichtbare Reserve, die in jedem Augenblick aktiv werden kann, und ihre Lage ist in dieser Hinsicht eine völlig andere, als die der wirklich Selbständigen oder ihrer Familienangehörigen.

Wir müssen daher die merkwürdige Theorie des Reichsarbeitsblattes ablehnen.

Das statistische Reichsamt hat die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland nach einer Berechnung vom August dieses Jahres auf 20,9 Millionen errechnet, davon sind nach den Feststellungen der Krankenkassen zirka 2,6 % auf Kranke und Wöchnerinnen in Abzug zu bringen.

Verfügbar waren etwa 20 345 000 Arbeitskräfte.
Nach der amtlichen Statistik waren 12 755 000 davon regelrecht beschäftigt.

Diese Zahl ist auf die Weise gewonnen, daß die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherten Mitglieder der Krankenkassen mit der Zahl nicht-krankenversicherungspflichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezählt und von der Summe der Zahl der arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und der von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen wird. Die Spanne zwischen den Zahlen der verfügbaren und der beschäftigten Arbeitskräfte gibt den Umfang der gesamten Arbeitslosigkeit im Lande wieder: Wir hatten Ende August dieses Jahres nicht 5,2 Millionen Arbeitslose, wie dies die Arbeitsämter berichtet haben, sondern 7,6 Millionen;

das unsichtbare Arbeitslosenheer zählte rund 2,4 Millionen Köpfe.

Zu diesem Heer gehören die ausgesteuerten Arbeitslosen, die Jugendlichen, die keinen Zutritt in den Erwerb finden, überhaupt Menschen, die keine Hoffnung haben, über die Arbeitsämter in Arbeit zu kommen oder Unterstützung zu erhalten, und daher auch keinen Grund sehen, sich bei den Arbeitsämtern zu melden. Die Zahl dieser Menschen ist im letzten Jahre infolge der Verschärfung der Bestimmungen über die „Hilfsbedürftigkeit“ immer stärker angestiegen. In Wirklichkeit war am Stichtag die unsichtbare Arbeitslosigkeit noch größer, da

etwa 40 Prozent der Beschäftigten nur verkürzt arbeiten.

Wenn man die Proletarisierung der ehemaligen Selbständigen und Halbselbständigen außer acht läßt, die zweifellos zur Mehrbelastung des Arbeitsmarktes führen mußte, läßt sich die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die Ende August der deutschen Wirtschaft zur Verfügung standen, etwa wie folgt gliedern:

	in Millionen	in Proz.
Vollbeschäftigte	7,6	37,2
Kurzarbeiter	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt	20,4	100,0

Es hat keinen Sinn, dieses trostlose Bild zu verschönern, indem man die verborgene Arbeitslosigkeit, die in der letzten Zeit unheimlich angewachsen ist, in Abrede zu stellen oder zu bagatelisieren versucht.

Das Konjunkturforschungs-Institut hat bei einer Untersuchung über die „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ ein Ergebnis verzeichnet, das mit erschreckender Deutlichkeit den wahren Umfang der Arbeitslosigkeit umreißt. Das Institut hat errechnet, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland tatsächlich folgende Zahlen umfaßt:

	1931	1932
1. Vierteljahr	5,83	7,86 Millionen
2. "	4,84	7,23 "
3. "	5,25	7,16 "
4. "	6,62	— "

Wie verschwanden die Arbeitslosen?

Auf Grund der Durchführungsbestimmungen zur Wohlfahrtshilfsverordnung vom 9. 8. 32 nach der neue Grundzüge für die Zahlung der Wohlfahrtsarbeitslosen angeordnet wurden, wurde die Streichung hunderttausender von Arbeitslosen, weil sie nicht mehr als Arbeitsuchende geführt werden, vorgenommen. Nach diesen Grundzügen gelten als Arbeitsuchende nur Arbeitnehmer, die arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sind, da s

60. Lebensjahr nicht überschritten haben und als Arbeitsuchende in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen, sofern sie eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen und diese Unterstützung im Verhältnis zum Richtsatz der allgemeinen Fürsorge nicht nur geringfügig ist. Arbeitslose dürfen daher als Wohlfahrtsarbeitslose nur dann anerkannt und bei der Zahlung berücksichtigt werden, wenn sie die Voraussetzungen der genannten Vorschrift erfüllen.

In den Altersstufen über 60 Jahre ist die Arbeitslosigkeit am stärksten verbreitet, da es gerade diesen Arbeitslosen nahezu unmöglich ist, während der Krise Arbeit zu finden. Die alten Arbeitslosen sind durchweg seit Jahren ausgesteuert und in die Wohlfahrt verwiesen. Unter der Papen-Regierung hat man sie glatt von der Liste der Menschen gestrichen, die noch ein Anrecht auf Arbeit haben.

Wer über 60 Jahre alt ist, zählt nicht mehr als Arbeitsloser oder Arbeitsuchender, er ist erledigt, ist nicht einmal mehr Wohlfahrtsarbeitsloser, er existiert nicht mehr für die Statistik.

Berechnet man an Hand der Altersstufentabelle der Arbeitslosen aus dem Reichsstatistischen Jahrbuch diese Gruppe der unsichtbar gemachten Arbeitslosen auch nur mit fünf vom Hundert aller Arbeitslosen, dann sind durch diese Streichung allein

350 000 Arbeitslose unsichtbar gemacht,

und aus der Statistik verschwunden. Zu diesen unsichtbaren Arbeitslosen kommen weiter alle diejenigen Arbeitslosen, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge keine laufende Unterstützung mehr erhalten oder eine Unterstützung, die im Verhältnis zum Richtsatz der allgemeinen Fürsorge nur geringfügig ist. Das bedeutet, daß alle die Arbeitslosen, die noch ein kleines Einkommen — Nebenverdienst — haben oder deren Angehörige noch etwas verdienen, so daß ihre Wohlfahrtsunterstützung statt zu dem vollen Satz nur zu einem gekürzten Satz erfolgt, von der Reichsanstalt

nicht mehr als Arbeitsuchende geführt

werden. Solange der Vater arbeitet, sind seine Söhne und Töchter, die keine Arbeit haben, nicht mehr arbeitslos, nicht mehr Arbeitsuchende und haben daher auch in der Arbeitslosenstatistik nichts mehr zu suchen. Wie groß die Zahl dieser unsichtbaren Arbeitslosen ist, die des günstigeren Bildes wegen aus der Statistik ausgeschaltet wurden, läßt sich schwer berechnen.

Eine Umfrage bei den Berliner Bezirksämtern ergibt, daß teilweise bis zu 30 Prozent nicht mehr als Arbeitsuchende anerkannt werden. Schätzungsweise werden rund 500 000 Arbeitslose ihren Platz in der Statistik auf diese Weise eingebüßt haben, „unsichtbar“ geworden sein.

Als Arbeitsuchender wird ferner nur der anerkannt, der in den letzten drei Jahren vom Arbeitsamt ausgesteuert wurde oder der in den letzten drei Jahren mindestens 13 Wochen gearbeitet hat. Jeder, der länger erwerbslos ist, ist gestrichen worden, womit weitere 300 000 Arbeitslose unsichtbar geworden sind.

Gestrichen sind aus der Liste der Arbeitsuchenden Ehefrauen und sonstige weibliche Familienangehörigen, die durch die Sorge um den Haushalt und für ihre Angehörigen derart in Anspruch genommen werden, daß sie nur geringfügige Arbeiten verrichten können.

Die unsichtbaren Arbeitslosen sind da, auch wenn sie nicht mehr in der Statistik sind, sie machen nicht nur einen Bruchteil in der Zweimillionendifferenz aus, sondern einen so großen Teil, daß es einer Täuschung gleichkommt, sie „grundsätzlich“ verschwinden zu lassen.

Sollte etwa durch das Verschwinden dieser Arbeitslosen aus der Statistik der Erfolg der Ankurbelungspolitik vorgekäuft werden.

Wie trotz Prämiensystem und Steuererlaß an die Unternehmer das Heer der Erwerbslosen ständig steigt, zeigt die Tatsache, daß amtlich zugegeben wird, daß in der ersten Hälfte des November die Arbeitslosenzahl sich um 156 000 auf 5 265 000 erhöht hat. Wie barbarisch und hartnäckig die Frage des Unterstützungsbezuges geregelt ist, geht daraus hervor, daß trotz der Zunahme um 156 000 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger amtlich nur um 10 000 höher angegeben wird. Ja, in der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um 13 000 zurückgegangen auf 1 126 000. Lakonisch bemerkt der amtliche Bericht dazu: „Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen.“

Ist das Versicherung?

Wir haben in Deutschland eine Arbeitslosenversicherung, an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen zur Versicherung bei Arbeitslosigkeit der Arbeiter für eine gewisse Zeit Beiträge abführen. Diese Beiträge betragen 6 1/2 % des Lohnes des Arbeitnehmers. Eine Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat diese Gelder zu verwalten. Der Versicherte, der die Geheimnisse unserer Sozialpolitik nicht kennt, könnte nun sehr leicht in den ach so falschen Glauben kommen, daß er ja, weil er jahrelang von seinem sowieso nicht mehr zum Leben reichenden Lohn 3 1/2 % in diese Versicherung einzahlen mußte, bei eintretender Arbeitslosigkeit gegen Not und Elend geschützt ist, weil er ja pflichtversichert war. Doch dieser Glaube wird ihm schon nach 6 Wochen

genommen, denn dann beginnen Beauftragte dieser Versicherung zu prüfen, ob er auch dieser Unterstützung noch bedürftig ist. Hierbei können die in seinem Haushalt lebenden Eltern, Söhne, Töchter oder sonstigen Verwandten resp. deren Einkommen mit herangezogen werden, hier hört schon der richtige Charakter der Versicherung auf. Daß aber eine Versicherung berechtigt ist, die Gelder zu ganz anderen Zwecken, als sie laut Versicherung bestimmt sind, zu verwenden, kann den Versicherungsteilnehmern nicht einleuchten, ist aber nach dem eigenen Bericht der Reichsanstalt Tatsache.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes schloß die Arbeitslosenversicherung mit einer Verminderung der Ausgaben für das erste Halbjahr 1932 um 35% ab.

Von „unterrichteter Seite“, also zweifellos vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird mitgeteilt, daß die Maßnahme der Reichsregierung, den Gruppen bis VI die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, getroffen sei, ohne daß die Reichsregierung die Mehrkosten in Höhe von 70 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hätte. Diese 70 Millionen Mark, über die die Regierung verfügt hätte, müßten also aus den Ersparnissen der Reichsanstalt aufgebracht werden.

Da wird also erst einmal bekanntgegeben, daß die Reichsanstalt Ersparnisse macht und es wird dann weiter mitgeteilt, daß die Reichsanstalt nicht nur diese 70 Millionen Mark für Mehrleistungen aufbringen kann, sondern sie habe auch im starken Umfang sich an der Finanzierung der Notstandsarbeiten und des freiwilligen Arbeitsdienstes beteiligt. Darüber hinaus hat die Reichsanstalt für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zunächst 20 Millionen Mark aufgebracht und werde zum zweiten Plan eine noch viel größere Summe zuschießen. Außerdem hat die Reichsanstalt seit dem 1. April 1932 aus ihren Ueberschüssen 160 Millionen Mark dem Reiche für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Aus der neuen Abgabe zur Arbeitslosenhilfe werde die Reichsanstalt dem Reiche 240 Millionen Mark zuführen

Und dann heißt es weiter, hätte die Reichsanstalt den Ueberschuß von 160 Millionen Mark verwendet, um den Kreis der Unterstützung zu erweitern, die sie aus eigenen Mitteln zu bekümmern hat, so hätte sie unbeschadet ihrer sonstigen finanziellen Hilfsleistung die Zahl der von ihr Betroffenen um mehr als 600 000 ausdehnen können.

Die Reichsanstalt rechnet für das zweite Halbjahr mit einem Ueberschuß von 200 Millionen Mark. Also weil der freiwillige Arbeitsdienst von den Arbeitslosenbeiträgen bezahlt wird, weil die Notstandsarbeiten aus den Arbeitslosenbeiträgen bezahlt werden, weil die Reichsregierung Arbeitsbeschaffung aus den Arbeitslosenbeiträgen macht, weil die Reichsregierung Arbeitslosenbeiträge nimmt und sie großmütig den Gemeinden zur Tragung der Wohlfahrtskosten zur Verfügung stellt, weil diese Millionen, die die ausgebeuteten Proleten, die noch in Arbeit stehen, und die Arbeitgeber zu gleichen Teilen aufbringen, dem Zweck, die Arbeitslosen von der Reichsanstalt zu unterstützen, entzogen werden, deshalb wird 600 000 Erwerbslosen die karge Unterstützung geraubt.

Für die Arbeitslosen-Unterstützung Beziehenden werden noch nicht ganz 15% der Einnahmen aus den Beiträgen verwandt. Man muß sich unwillkürlich fragen, wozu zahlen die Versicherten eigentlich ihre Beiträge, dann sollte man das Kind doch lieber beim richtigen Namen nennen. Etwa, um den freiwilligen Arbeitsdienst zu finanzieren und um das Reich zu entlasten, das Milliarden für die ostpreussischen Großgrundbesitzer, für Steuererlassen und Subventionen an die Unternehmer hinauswirft?

Die Reichsanstalt erklärt, sie könne mit den ihr trotz allem verbleibenden Ueberschüssen 600 000 Arbeitslose mehr unterstützen. Warum wird also die Unterstützungsdauer nicht verlängert oder die Unterstützungsdauer erhöht?

Man macht die Arbeitslosen „unsichtbar“, d. h. man vereckelt ihnen den Gang zum Arbeitsamt, so daß sie aus der Statistik verschwinden. Nicht aber aus der grauen Wirklichkeit.

O Volk, erkenne, daß du es bist, das immerfort betrogen ist.

Wie die angekündigte Arbeitslosenhilfe aussieht.

Die von der Papenregierung mit großem Pomp angekündigte Arbeitslosenhilfe hat trügerische Hoffnungen erweckt, die sich aber leider nicht erfüllen werden und zu Wasser geworden sind, denn nur ca. 1% der gesamten Arbeitslosen, und zwar die Unterstützungsempfänger der Lohnklasse 1—6, die für Familienangehörige zu sorgen haben und dementsprechend Zuschüsse beziehen, sollen 2 bis 4 Mark Winterbeihilfe erhalten. In der Lohnklasse 1—6 machen diese Arbeitslosen noch nicht 1%, in anderen Großstädten auch nicht viel mehr aus, da ja die jugendlichen nicht bedürftigen Arbeitslosen sowieso in allen Klassen ausscheiden, die Wohlfahrtsarbeitslosen ebenfalls von dieser Winterbeihilfe ausgeschlossen werden sollen. Die Papenregierung muß ja selbst zugeben, daß die von ihr durch Verordnung gekürzten Sätze der Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialversicherung für die Wintermonate zu gering seien um damit das nackte Leben zu fristen. Die angekündigte Hilfe wird daher von dem Gros der Arbeitslosen durch diese Bestimmungen als eine Verböhnung empfunden werden.